

Bezugspreise:

für Halle monatlich bei zweimonatlicher Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., sechsmonatlich 42.00 Mk., einjährlich 78.00 Mk. einschließlich Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich, Zeitungsgewerblich unter dem Namen "Sozial-Zeitung" eingetragene, sich unter Vorbehalt der Herausgeber durch den Inhalt und die Gestaltung der Zeitung selbst, Ferner der "Sozial-Zeitung" Nr. 1140, der "Rostocker Zeitung" Nr. 1103 u. 1133, der "Zeitung" Abt. Nr. 1133.

Sozial-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigepreise:

Die 8 gesparten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 32 mm breite Millimeterzeile unter Geschäftsstellen u. ähnliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a. Dr. Draubausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 23. Postfach-Konto Leipzig Nr. 22815.

Der Franzosenprozess in Leipzig.

Der Prozess, der gegenwärtig vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen den Generalleutnant Stenger und den Major Crullus geführt wird, ist wohl der erregendste und spannendste aller bisherigen Verfahren gegen die Kriegsverbrechenden. Die Atmosphäre ist gleichsam elektrisiert geladen: Wie ein dramatisches Bild sieht man die Ereignisse der ersten Kriegsjahre vorüberziehen, alle Aufregung, Ungewissheit, all die Verzerrungen und Irrungen jener ersten Kampftage. Wann man sich entsinnt, wie in den späteren Kriegsjahren die Kampfleitung logischen ein gewisses Schema bekam, wie sich alles mechanisierte und in bestimmte Gleise geriet, so berührt einen die Schilderung der damaligen Vorgänge beinahe phantastisch. Schon jetzt kann gesagt werden, daß der Befehl des Generalleutnants Stenger, wenn überhaupt ein solcher Befehl tatsächlich vorgelegen hat, die Anweisungen nämlich, keinen Parolen zu geben, aus der ganzen damaligen Atmosphäre erklärt werden muß. Zu beachtendsten ist außerdem, auch das sei von vornherein festzustellen, die geistige Verfassung des Majors Crullus, der, wie er sich gezeigt hat, ein verdienstvoller, nahezu unerschütterlicher Mann gewesen ist, den der Krieg völlig aus dem Gleichgewicht brachte, die sehr glauwürdigen, wenn der Anklage gegenüber erwidert wird, daß in der damaligen Augenblicke unter den deutschen Truppen das Gefühl namenloser Erbitterung herrschte, da man die Empfindung hatte, vor Fronte überfallen worden zu sein, und dieses Gefühl wurde noch verstärkt durch die Erfahrung mit der Kampfesweise der Franzosen, die sich tollkühn, von hinten schießen oder auf Bäume kletterten und im Wald hinterwärts die Deutschen überfallen. Heute denke man freilich über solche Stammesmethoden erheblich gelassener, hat man doch während der Kriegsjahre ganz andere Dinge erlebt, hat man mit Giftgasen gekämpft, Minen gelegt und Massenübungen unternommen. In jenen Tagen aber war der Krieg doch noch etwas neues. Es lebte auch im Bewußtsein die alte Vorstellung, es herrschten keine Schrecken, weil man sich Mann gegen Mann, Angeht gegen Angeht gegenüberstand, man sich doch irgend ein Gefühl für rituelle Kampfesweise. Das Reichsgericht wird sich all diesen Momenten bei der Urteilsfindung nicht verschließen können und wird sie in Betracht ziehen müssen. Freilich kann das Reichsgericht auch dann nur rein juristisch sein Gutachten fällen und sieht sich gezwungen, in erster Linie erklärte Tatsachen sprechen zu lassen. Es wird eine Klärung darüber erfolgen müssen, ob der Befehl des Generalleutnants Stenger, seine Gefangenen zu machen, wirklich von ihm erteilt worden ist, und wenn diese geklärt, in welcher Form. Wird nachgewiesen, daß der Generalleutnant tatsächlich befohlen hat, seine Gefangenen zu machen, dann wird eine Verurteilung erfolgen müssen. Es ist betont, daß das auch im deutschen Interesse liegt, positiv erwiesene Verbrechen, die vielleicht erklärbar, aber doch keinen wesentlichen Grund abzugeben sind, mit Sägen zu belegen, schon deshalb, weil anstandslos der bisher ergangenen Urteile des Reichsgerichts im Ausland sich Stimmen erhoben haben, die behaupten, daß die Justizurteile dieses Gerichts als partiell angesehen werden und die Forderungen der Gerechtigkeit nicht erfüllen. Zweifellos verfolgt man in Frankreich den jetzigen Prozess in Leipzig mit ganz besonderer Aufmerksamkeit, und man kann gewärtig sein, daß das Urteil höchst kritisch ausfallen wird. Selbstverständlich wird sich das Reichsgericht durch solche Äußerungen nicht bewegen lassen dürfen, von dem Befehl des Majors Crullus um Sauresbreite abzuweichen. Aber wenn im vorliegenden Falle ein Kriegsverbrechen an den Tag kommt, so muß immer wieder aufs neue darauf hingewiesen werden, daß von Deutschlands gegenwärtiger ungeachteter Kriegsverbrechen begangen wurden und bisher ungesühnt blieben.

Deutsche Zeugen im Leipziger Prozess.

Zu der Freitag-Verhandlung im Prozess General Stenger und Major Crullus sind weitere 15 Zeugen geladen, obwohl von dem am Mittwoch und Donnerstag erschienenen 30 Zeugen erst kaum die Hälfte vernommen worden ist. Es handelte sich bei diesen meist um Offiziere, die fast durchwegs belastet für General Stenger und Major Crullus auslagen. Die jetzt noch zu vernehmenden Zeugen sind hauptsächlich deutsche und man darf auf ihre Angaben gespannt sein.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung teilt der Präsident Dr. Schmidt mit, daß innerhalb des Gebäudes Beschimpfungen gegen manche klagende Zeugen ausgeprochen worden sind. Er mußte das als unzulässig bezeichnen, und er werde bei neuen Vorfällen entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Nach Aufruf und Vereidigung der neuen Zeugen er bietet sich der Verteidiger des Majors Crullus, eventuell als Zeuge auszusagen, weshalb ihn Anwalt bei der ersten Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt mit seinen Auslagen zurückgehalten habe.

Dem ersten Zeugen Kaufmann Mehmacher aus Freiburg i. Br. wird zunächst ein Brief vorgelesen, den er an den Major Crullus auf dessen Anfrage gerichtet hat. Der Brief hat folgenden Wortlaut:
„Sehr geehrter Herr Major! Bestenfalls Ihre Zufriedenheit wegen der Vorgänge vom 26. 8. 1914 teile ich Ihnen ergeben mit, daß ich mich nicht derselben erinnern kann. Ich weiß nur noch, daß beim Vorrieden unserer Kompanie General Stenger rns ermutigt hat, wohl aber kann ich mich des Befehls vom 21. 8. 1914, keine Gefangenen zu machen, entinnen. Ueber diese Tatsache würde ich eventuell vor Gericht ausagen.“

In der Verhandlung gibt der Zeuge an, daß er den genannten Wortlaut des Briefs heute nicht wiedergeben könne. Er habe die Kündigung des Generals darin verstanden, daß nur Vermundete erschossen werden sollen, die sich dann noch heimtückisch gegen uns benehmen. Vom militärischen Standpunkt aus habe er dagegen nichts einzuwenden gehabt. Ob der Major Crullus den Befehl, Gefangene und Vermundete zu erschließen, gegeben hat, wisse er nicht.

Dem Zeugen wird vorgehalten, daß er als Unteroffizier einmal im August einen Soldaten, als sie einen Vermundeten liegen lassen, ägeren haben soll, er soll ihn erschließen. Der Zeuge bestreitet das und gibt nur zu, den Soldaten auf den Befehl aufmerksam gemacht zu haben. Präsident: Wenn Sie aber weder vom General noch vom Major, damals Hauptmann, einen straffen Befehl gehabt haben, wie kamen Sie dann zu einer solchen Äußerung?

Zeuge: Ich hatte etwas von einem solchen Brigadobefehl gehört, der in der Kompanie weitergegeben worden war. Ich habe angenommen, daß alle Vermundeten, die mit der Waffe in der Hand angetroffen werden, zu erschließen sind. Präsident: Der Vermundete hatte aber doch kein Gewehr und hat sich auch nicht widerlegt, da lag doch kein Anlaß vor, den Soldaten auf den Brigadobefehl aufmerksam zu machen.

Zeuge: Ich wollte ja nicht, daß er den Vermundeten erschließen soll, sondern darauf hinweisen, daß nur Gefangene und Vermundete, die mit der Waffe in der Hand betrogen werden, zu erschließen sind.

Präsident: Also in dieser Weise sollte ihre Äußerung an den Soldaten aufgefaßt werden?

Wie lautete dann die Aufmunterung des Generals, die Sie im Briefe nehmen?

Zeuge: Das war, als wir zum Waldgefecht vorrückten. Der General sagte uns, weil unsere Patrouillen es hinter uns nicht mehr geschafft haben, sollten wir jetzt draufgehen. Das haben wir getan. Der Zeuge macht dann Angaben über einen Vorfall beim Vorgehen, als ein Mann einen Vermundeten erschließen wollte. Er, der Zeuge, der damals als Unteroffizier Gruppenführer war, habe aber gesagt: „Weiter, weiter“, denn die Kompanie habe schweres feindliches Maschinenfeuer erhalten. Am 26. August sei er schwer verwundet worden. Bei seinem Rücktransport aus dem Gefecht sei er an dem Hauptmann Crullus vorbeigekommen, der habe die Transportkette gegenfragen, weil die Franzosen nachrückten. Er, der Zeuge, sei dann selbst weiter zurückgetrieben. Der Hauptmann Crullus sei sehr aufgeregt gewesen und habe geäußert:

Der Zeuge soll dann Angaben über die Glaubwürdigkeit des vernommenen Zeugen Schreiber machen, den er als einen irramen Soldaten bezeichnet, sonst könne er nichts weiter über ihn sagen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Französische Kriegsverbrecher.

In der „Humanität“ erhebt der bekannte Schriftsteller Gouttenoire de Tours unter Bezugnahme auf die Verhandlungen vor dem deutschen Reichsgericht gegen General Stenger die Anklage, gegen den Kommandanten der französischen 13. Infanteriedivision General Martin de Bouillon, am Vorabend des Angriffs vom 25. 9. 1915 im Artois sich des gleichen Verbrechens schuldig gemacht zu haben, dessen Stenger beschuldigt wurde. Tours sagt, hinter der Frontlinie seien die Offiziere der 13. Division in einem Schuttsale zusammengetrieben worden. Der General habe den Befehl gegeben: Vous ne lerez des Prisonniers! (Ihr sollt keine Gefangenen machen!) Er ließ eine Ausnahme nur für einige zu, damit sein Dolmetscheroffizier sie verhören könne. Tours erklärte zur Entschuldigung, weshalb er nicht dagegen protestiert habe, er habe seine Entrüstung über den Fall seinem Obersten ausgedrückt, der sie gebilligt habe.

Die Pariser Reparations-Verhandlungen.

Bei den Pariser Verhandlungen über die Reparationen und Briefe stellte sich die Notwendigkeit heraus, die Fragen hinsichtlich zu formulieren. Staatssekretär Suggenheim erwidern nachmittags mit diesen schriftlich formulierten Fragen arbeiten und sie zur Kenntnis des Ministres Rathenan bringen.

Oberschlesien.

In Schichowich (Kreis Ratibor) kam es in der vergangenen Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen Italienern und polnischen Infanteristen. Die Italiener waren von den Polen angegriffen worden. Einzelheiten fehlen.

Zur Aufbringung der der Stadt Myslowich auferlegten Kontribution von einer Million hatte der polnische Stadtkommandant am 28. 6. nachmittags eine Anzahl deutscher Kaufleute zu einer Besprechung geladen. Es wurde erklärt, sie hätten die Summe aufzubringen; sonst würde das Geld zwangsweise eingezogen werden. Hierauf griffen zwei Beamte der Kreiskontrolle in Katowitz ein und erklärten sehr nachdrücklich, daß ein Zwang nicht ausgeübt werden dürfe. Daraufhin forderten die Polen freiwillige Zeichnungen. Einige Polen, die ein gutes Beispiel gaben

wollten, zeigten gewisse Beiträge. Die Deutschen erklärten darüber unter sich verhandeln zu wollen.

Der Abbau des Aufstandes im Kreis Hindenburg geht weiter. Sabrage ist frei von Infanteristen. Die Strafhaft nach Gleiwitz verkehrt sich gegen unbestimmt und ohne Kontrolle durch die Infanteristen. Nur in den äußeren Stadtvierteln zeigen noch Infanteristen.

Aufruf für das Oberschlesier-Hilfswerk.

Berlin, 1. Juli. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, geleitet von P. Grohmann, der Deutsche Gewerkschaftsbund, geleitet von Walter Juchacz, die Deutsche Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angehörigen- und Beamtenverbände, geleitet von Hartmann, der Deutsche Beamtenbund, geleitet von R. Kimmels, erlassen folgenden Aufruf für das Oberschlesier-Hilfswerk:

Die Frau unserer oberchlesischen Schwestern und Bräuer ist so groß geworden, daß die vom Deutschen Reich und den Einzelstaaten zur Verfügung gestellten Mittel zur Bänderung der augenblicklichen Notlage der Oberschlesier nicht ausreichen können. Auf die dringendsten Hilferufe der oberchlesischen Gewerkschaften hat sich das Internationale Rote Kreuz bereit erklärt, als bald Hilfsgüter zu schaffen, und hat die Durchführung des Hilfswerks dem Deutschen Roten Kreuz übertragen. Um die erforderlichen geeigneten Geld- Arbeits- und Lebensmittelen bringen zu können, hat sich das Deutsche Rote Kreuz unter seinem friedlichen Symbol mit den vereinigten Verbänden heimatreuer Oberschlesier und dem Bund der deutschen Grenzmarkenschlagerverbände im Einvernehmen mit dem Reichs- und Staatsbehörden zu dem Reichs- und Staatsbehörden; dem Oberschlesier-Hilfswerk zusammengeschlossen.

Da es sich bei den durch die Vorgänge in Oberschlesien Betroffenen besonders auch um Arbeiter, Angehörigen und Beamte handelt, richten die unterzeichneten über alle Mitglieder die dringende Bitte, das Deutsche Hilfswerk nach besten Kräften zu fördern und zu unterstützen, insbesondere auch in allen Betrieben.

Sammlungen für das oberchlesische Hilfswerk.

Die erforderlichen Flugblätter und Sammelblätter stellt das oberchlesische Hilfswerk, Hauptgeschäftsstelle Berlin, Unter den Linden 78, auf Anforderung gern zur Verfügung. Die eingehenden Gelder sind auf das Konto Oberschlesier-Hilfswerk bei allen Banken und Postanstalten und auf Postkontos Berlin 112300 einzusparen. Mit dem geschäftsführenden Ausschuß des Oberschlesier-Hilfswerkes haben wir solche Absmachungen getroffen, die uns die Gewähre bieten, das die einlaufenden Gelder richtig verteilt und bei ihrer Verwendung unseren oberchlesischen Arbeitskameraden entsprechend ihrer Zahl und ihrem Notstand berücksichtigt werden.

Die „Kompensationen“ für die zerstörten Luftschiffe.

Der deutsche Botschafter in Paris und Cambron, der im Namen der alliierten Regierungen verhandelt, unterzeichneten ein Abkommen, wonach Deutschland für die sieben zerstörten Luftschiffe, die es nach Art. 202 des Friedensvertrages abzuliefern hätte, Kompensationen zu geben hat. Diese wurden bereits im Protokoll der Pariser Konferenz vom 29. Januar und im Londoner Ultimatum vom 5. Mai gefordert. Deutschland hat folgende Kompensationen zu geben: die beiden Luftschiffe „Sonderer“ und „Nordstern“ an Frankreich und Italien, wofür sie schon abgeliefert wurden; ferner die Pläne der zerstörten Luftschiffe der alliierten Kontrollkommission zu übermitteln, die ihren Wert festsetzen wird. Sobald dieses geschehen ist, hat Deutschland Angebote zu machen, um Ersatz in Naturalien oder in Geld zu leisten.

Botschafter Hills Ernennung bevorstehend.

Nach mehrstägigem Aufenthalt ist der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Dr. David James Hill, gestern von Berlin abgereist, um sich nach der Schweiz zu begeben. Sein Berlin in Berlin diente einer eingehenden Information über die Verhältnisse in Deutschland. Dr. Hill hatte zahlreiche Besprechungen mit allen maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung, des Handels und der Industrie. Es scheint, daß die Ernennung Dr. Hills zum amerikanischen Botschafter in Berlin bereits feststeht. Vermutlich wird Dr. Hill kurz nach Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen Amerika und Deutschland nach Berlin zurückkehren, und zwar dann in amtlicher Eigenschaft.

Der neue Orientkrieg.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George, die englische Regierung habe bisher von dem vollen Bortritt der griechischen Armee an die Ägäis nichts gehört. Natürlich würde feinesalbe eine Maßnahme getroffen werden, ohne daß sich England zuvorn mit den übrigen Verbündeten verständigt hätte. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt teilte mit, das Ismid am 28. Juni vormittags von den Türken besetzt worden ist. Die Regierung habe aus einer aus Konstantinopel stammenden Meldung ersehen, das man sich hier in Angora vermute, sie habe aber bisher keinerlei Bestätigung der Meldung erlangen können. Aus verschiedenen Quellen habe sie Nachrichten erhalten, daß die Regierung von Angora wünsche, engere Beziehungen mit Bulgarien aufzunehmen.

Der „Gclair“ meldet aus Konstantinopel: Kemal Pascha hat in die Besetzung von Anatolien eine Proklamation gerichtet, in der er die Völker des Abendlandes anfragt, die Völker des Ostens vernichten zu wollen. Er erhebt Einspruch gegen die Besetzung von Konstantinopel durch die Engländer, deren Schuterei es gelungen sei, die hohe Pforte unter Vormundhaft zu stellen. Er protestiert ferner dagegen, daß man ihn beschuldige, den Bolschewismus nach Anatolien verpflanzt zu haben, und sagt: Das anatolische Volk ist entschlossen, seine Interessen und sein Dasein zu verteidigen, wie es das als freies und autonomes Volk tun müsse. Die Kämpfe werden alle bis zur Räumung Konstantinopels fortgesetzt werden. Der Kampf vor der muslimanischen Welt entbrennt, ist, wird die Unerschrockenheit des Sultans und der anderen muslimanischen Völker sicher, die jetzt unter dem Joch leben.

Nach einer Meldung aus London haben die Alliierten die türkische Regierung gewarnt, daß sie eine Verletzung der neutralen Zone um Konstantinopel als Kriegsfall ansehen würden. Sogar Pascha hat sich daraufhin an die Regierung von Angora mit der Bitte gewandt, die Warnung der Alliierten zu respektieren. Die Kemalisten haben, wie „Daily Express“ mitteilt, versprochen, die Grenze des neutralen Gebietes nicht zu überschreiten.

Nach dem Abzug der griechischen Garnison aus Ismid haben nationaltürkische Soldaten die Stadt besetzt. In der Umgebung der Stadt sind verschiedene Brandstiftungen vorgenommen, für die sich Griechen und Türken gegenseitig verantwortlich machen.

Das Lohnsteuergesetz

wurde gestern im Reichstag unter Zustimmung aller Parteien erledigt. Bei Einkommen bis 24.000 Mark wird bei Lohn- und Gehaltsempfängern durch 10 Proz. Lohnabzug die Steuer geleistet. Der Lohnempfänger sind selbstständig, aber das ist bei Lohn- und Gehaltsempfängern von Arbeitgebern, Fabrikanten, Händlern, und Kaufleuten, sowie bei den Angehörigen, Inhabern, Unfall- und Hinterbliebenenversicherung. Der Betrag, den diese in dieser Einkommensklasse also nur noch die selbständigen Gewerbetreibenden zu zahlen haben, ist die Steuer für die Lohnempfänger, können für sich und die Ehefrau 1200 Mark, für jedes Kind 1800 Mark und 1800 Mark als Werbungskosten abziehen. Dienstlohnbesitzerangehörigen werden in Zukunft besonders berechnet, sie unterliegen der Besteuerung nicht. Damit bildet sich das Arbeitsverhältnis in Abmilderung an das Gehalt der Beamten fort. Familienangehörige, die nicht Haushaltsvorstand sind, können die vorher erwähnten Abzüge machen, wenn mittellose Angehörige unterhalten werden müssen. Das trifft besonders ein, wenn nach dem Tode des Vaters Familienangehörige im Haushalt der Witwe verbleiben und die Familie zu erhalten. Über 1000 Mark können im Verfall sein bis 2700 Mark ohne Belastung übergeben werden, wenn der Nachweis geführt ist. Darüber hinaus liegt die Veranlagung ein. Das Gesetz enthält ferner entgegenkommende Bestimmungen für die Erwerbslosen und für die Uebergangszeit. Es ist annehmend, daß das Gesetz ohne Erörterung im Plenum verabschiedet worden wird. Es soll zum 1. Januar 1922 in Kraft treten.

Versuch zu internationaler Verständigung.

Ueber das Ergebnis der letzten Sitzung der britischen Reichstagen, das ein Dreieck und des Stillen Ozeans sein soll, berichtet „Daily Chronicle“: Die Frage, die durch internationale Verhandlungen gelöst werden soll, ob es möglich ist, eine allgemeine Distinktion zwischen den Vereinigten Staaten, den Vertretern Englands und der Dominions, und den Vertretern Japans herbeizuführen, um zu einem dreiseitigen Abkommen über die Erneuerung des englisch-japanischen Vertrages zu gelangen. Wenn dies, wie man dringend hofft, möglich ist, und wenn die Vereinigten Staaten und Japan durch das Britische Reich als Verbindungsgeglied oder als Vermittler zu einem Einvernehmen gebracht werden könnten, so wäre dies ein bedeutender Schritt in der Richtung zum Weltfrieden. Ein solcher Frieden könnte den Weg zu einem internationalen Abkommen über die Abrüstung ebnen. Die Beratungen der Reichstagen haben eine Situation geschaffen, die es der Regierung als notwendig erscheinen ließ, für Donnerstagabend einen Ministerrat über die Frage des englisch-japanischen Allianzvertrages einzuberufen. Alle Minister nahmen an der Beratung teil. Der Beschluß, einen Kabinettsrat abzuhalten, wurde so schnell gefaßt, und die Konferenz begann, so plötzlich, daß der Kanzler durch einen besonderen Boten aus seiner Wohnung geholt werden mußte. Es soll beschlossen worden sein, den Vertrag zu erneuern.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 1. Juli 1921.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Schröder (Str.), wie es mit der Bildung der kulturellen Beiräte steht, und was die Bildung des kulturellen Ausschusses bedeutet, hat der Auslandsminister folgende Antwort gegeben, die sich als sehr dankenswert erweist, daß die Regierung nach wie vor beabsichtigt, den kulturellen Beirat zu schaffen, der in noch im September ganz oder teilweise in Tätigkeit treten

solle. Der kleinere Ausschuß sei bereits in der Bildung begriffen.

Auf eine Anfrage des Abg. Meyer-Juda (Soz.) über die Beschaffung der Mittel für die kulturellen Beiräte, erwidert ein Regierungsvertreter, die Regierung beabsichtige allerdings, diese Grenze den jeweiligen Grenzen anzupassen und sei daher in eine neue Prüfung eingetreten.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Semler (Dn.) über die Notwendigkeit, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zuzuführen, wird geantwortet, das Reichsarbeitsamt sei ermächtigt, ausländische Arbeiter zuzulassen, wenn der Bedarf nicht durch einheimische Kräfte gedeckt werden könne.

Auf eine Anfrage wegen Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen erklärt ein Regierungsvertreter, daß diese Frage im Rahmen des Jugendwohlfahrtsgesetzes ihrer Erledigung finden werde.

Auf eine weitere Anfrage werden Erleichterungen im Ehegesetz in Aussicht gestellt. Eine entsprechende Vorlage an den Reichstag sei in nächster Zeit zu erwarten.

Das Reichsjustizgesetz soll nach einer weiteren Antwort aus der Anfragebeilage vorabgeprüft werden. Hierauf wird das Gesetz zur Überwachung des Verkehrs mit Rospaziten aus dem Ausschusse verwiesen. Eine Reihe kleinerer Vorlagen wird sodann dem Ausschusse überwiesen bzw. debattierbar gemeldet. Die

Interpellation wegen der Aufhebung der Sanktionen

wird nunmehr weiterberaten. Abg. Dr. Brand (Str.) erhebt vor der ganzen Welt Protest gegen die unehrenhafte Begnadigung. Redner geht dann die einzelnen Sanktionsmaßnahmen durch und kommt zu dem Schluß, daß selbst der kühnste Interpret des Friedensvertrages seine Bestimmung finden könne, die diese Maßnahmen rechtfertigen könnte. Mit der Annahme des Ultimatus ist für die Entente aus jeder Seite ein Rechts für die Sanktionen geschwunden. Ueber diese Frage kann es keinen Meinungsstreit zwischen den Parteien geben. Redner fordert den Reichstag auf, in dieser Frage der Sanktionen in gleicher Weise zusammenzutreten wie in Sachen Oberpfaltens. Während Ministerpräsident Briand selbst jetzt unter Anerkennung des friedlichen Charakters unserer Regierung zur Beilegung aufgefordert hat, haben sich andere Stimmen nicht scheuen, die Entente für die Sanktionen einzusetzen. Sie fordern die Entente auf, die Sanktionen zu erheben und prüfen, ob dadurch Transparenz. Ueber eine detaillierte Zustimmung ist die rheinische Treue erhoben. Andere Stimmen fordern die Aufrechterhaltung der Sanktionen, weil sie im Rheinlande zur Verbilligung der Lebenshaltung beigetragen hätten. Das ist das tolle, was je auf diesem Gebiet geleistet wurde. Herr Briand verlangt eine gründliche Erklärung über unsere demokratische Anschauung, denn die Aufhebung der Sanktionen werde nur von pangermanischen Elementen verlangt. Eine stark zielbewusste Regierung darf sich nicht hinter die Parteien beifließen lassen, dann hat sie das Volk hinter sich. Das gilt aber auch für Frankreich. Lebensfall der Rhein ist dem besten Wege, das von ihm anerkannter Ansehen. Die demokratische Regierung selbst zu untergraben, eine Regierung, die sich etwa auf die Sanktionen stützen wollte, würde dem deutschen Volke hinweggefegt werden. Alle diese unehrenhaften Maßnahmen tragen nicht dazu bei, für Frankreich Sympathien hervorzuheben. Kein Wunder, daß sich die Stimmung England gegenüber so gewandelt hat. Redner dankt den Bewohnern der Rheinlande und der Pforte für ihre unerschütterliche Treue und schilbert dann einzelne Vorkommnisse im besetzten Gebiet. Wir stehen jetzt am Wendepunkt. Soll die Dreieckszeit des Hasses und der Zwietracht erst aufgehen? Mag Frankreich die Stunde nützen, der Gedanke an die Vereinigten Staaten von Europa wird nicht mehr von der Bildfläche verschwinden. Eine Voraussetzung für unsere Gleichstellung mit allen anderen Völkern und die Freude der Befreiung.

Abg. Dr. Reichert (Dn.): Die Sanktionen haben mit dem Reich nicht das mindeste zu tun. Sie sind Erfolge, Gewalttaten. Es genügt nicht, wenn wir hier im Saale einig sind in unserem Protest. Wir verlangen einen Widerruf bei der Regierung und in der Presse. Redner beklagt die Ueberwachung mit französischen Luxuswagen, namentlich in der Gummii- und Automobilindustrie. Auch die Ausfuhrregelung ist erschwert worden und hier muß die Regierung für Abhilfe sorgen. Am gefährlichsten ist aber die französische Handels- und Industriepolitik, die Einbuße in unser Wirtschaftssystem gewinnt und das im Wettbewerb im Auslande zu verlieren bemerkt ist. Redner ferner, daß die Sanktionen nicht aus dem nächsten Grunde herbeizuführen sind, sondern aus demselben Grunde, der die Sanktionen mit dem Reich nicht das mindeste zu tun. Sie sind Erfolge, Gewalttaten. Es genügt nicht, wenn wir hier im Saale einig sind in unserem Protest. Wir verlangen einen Widerruf bei der Regierung und in der Presse. Redner beklagt die Ueberwachung mit französischen Luxuswagen, namentlich in der Gummii- und Automobilindustrie. Auch die Ausfuhrregelung ist erschwert worden und hier muß die Regierung für Abhilfe sorgen. Am gefährlichsten ist aber die französische Handels- und Industriepolitik, die Einbuße in unser Wirtschaftssystem gewinnt und das im Wettbewerb im Auslande zu verlieren bemerkt ist.

Die Weiterberatung wird vorerst abgebrochen, um erst die Abstimmung über den Staatsgerichtshof vorzunehmen, die vor einem Jahr ausgesetzt werden mußte. Der Antwort wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Interpellationsbeantwortung.

Abg. Reichert (Dn.): Ich schließe mich dem Protest gegen die unehrenhaften Gewalttaten im Rheinlande an und schreibe die Unbeherrschtheit des gegenwärtigen Zustandes für Handel, Industrie und das tägliche Leben in einem Lande, dessen deutscher Charakter von niemandem in Zweifel gezogen werden kann, und legt die Schwierigkeiten dar, die die Zolllinie Magdeburg geschaffen hat. Es liegt kein Grund mehr vor, Drangulierungen aufrechtzuerhalten.

Abg. Dr. Koch (Deutschdem.): Im Waffenstillstand ist nur die Befreiung der rheinischen Brückenpässe vorgesehen. Jetzt ist die ganze Provinz als erobertes Land geteilt worden. Die Arbeit, die Rheinlande mit französischer Kultur zu durchdringen und somit für Frankreich zu erobern, wird in französischen Händen offen ausstehen. Am gefährlichsten ist aber die psychologische und wirtschaftliche Durchdringung des Landes zum Ziele habe. Das wird auf die Beilegung dieser Aufgabe hingewirkt haben, bevor keine Erörterung. Reicht aber ist es, der Regierung vorwirft zu machen, wenn man sonst ihre Hand nicht reichen will.

Frankreich hat zu entscheiden zwischen einer Politik der Unterdrückung und Ballonierung und einer Politik, die uns

die Erfüllung unserer Verpflichtungen ermöglicht. Redner schließt: Der rheinischen Bevölkerung dankt für ihre Treue. Wenn unser Vaterland wohl ruiniert, nicht aber zertrümmert. (Bravo!)

Abg. Hülsmann (Komm.): Den Interpellanten kam es bisher auf die Aufstellung eines nationalen Ausschusses an, denn was zu sagen war, hat der Reichstag bereits mehr als einmal gesagt. Redner polemisiert heftig gegen die Rechte und führt dann aus: Die Sanktionen entsprechen einmal dem Selbstbehauptungs des französischen Kapitalismus, zweitens der deutschen Bourgeoisie und ihrer Regierung die Mittel zu gewähren, für die Kosten des verlorenen Krieges aufzukommen.

Abg. Dr. Deermann (Soz. Volksp.): Schließt sich dem Protest gegen die Sanktionen an. Er schreibe die Verantwortlichkeit in der Pforte. Die Unbeherrschtheit lasse es nicht zu, daß Friedensverträge eingehalten würden. Die Arbeitslosigkeit nehme zu. Die Wohnungen würden rationiert und freilebende Wohnungen dürften nicht bezogen werden. Zweck und Ziel des ganzen Verhaltens der Franzosen ist es, bei den Rheinländern den Eindruck zu erwecken, als habe das Reich sie verlassen, aber die rheinische Bevölkerung fühlt sich als ein ferndeutsches Volk und das am liebsten wieder verstärkende Nationalbewußtsein in Deutschland hat zur Kräftigung dieses Bewußtseins besonders beigetragen. Die Regierung der Franzosen, daß die Rheinlande auf irgendeine Weise für Frankreich angehängt liegen, sei ein Irrtum. Auch England solle sich darüber klar sein, daß jede Annexion zu schweren Verwicklungen führen würde.

Abg. Dr. Most (D. Vp.) stellt in seinem Schlußwort die einstimmige Ansicht des Reichstages fest, daß uns Unrecht geschehen ist. Auch nach der Unterfertigung ist nicht einmal eine Milderung eingetreten, eher eine Verschärfung. Man hat hier von Klarerei gesprochen. Beamte wurden gewonnen, an Maßnahmen und Handlungen teilzunehmen, die sich gegen das Deutsche Reich richteten. Das alles ist begründet auf die bloße Furcht. Frankreich will Vorkriegsverhältnisse wieder herzustellen. Die Furcht muß fallen. Frankreich will die Möglichkeit nehmen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, um den Grund zum weiteren Einseitigen zu erhalten. Aber wir unterseits werden nicht wandeln werden in dem festen Aushalten an Deutschlands Seite. Wenn der sozialdemokratische Abg. Solmann sich in deutscher Gesinnung nicht von der Volkspartei überlassen wollte, so dankte ich ihm für diesen Beweis seiner Gesinnung, aber wo lag ein Versuch von unserer Seite, der Regierung aus der Annahme des Ultimatus Vorkalorien zu machen? Man soll die Vaterlandsliebe auch beim politischen Gegner achten, das muß sich auch der Abg. Solmann merken. Ich merke davon sprechen, immer daran denken und danach handeln! Das sei unsere Devise gegenüber den Sanktionen. (Bravo!)

Damit schließt die Beantwortung. Das Haus vertagt sich auf morgen vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen, kleine Vorlagen, Interpellationen über Mont Cenis.

Schluß gegen 8 Uhr.

Preussischer Landtag.

Die zweite Beratung des Haushaltsplanes der Justizverwaltung wird fortgesetzt. Die Anträge des Hauptausschusses, die sich auf Gefängnisarbeit, Einstellung von Strafanstaltskräften, Irrenabteilungen an größeren Strafanstalten, Bildungs- und Schulwesen in den Strafanstalten, Entlastung des Strafanstaltsleiters, beziehen, werden angenommen, ebenso ein Antrag des Zentrums auf schnellere Erledigung der Verfahren wegen Mißbrauchs und Schieberverbrechens und auf Veranlassung des Sachverständigen, der Handwerker- und Handeltarner und Vertreter der Verbrauchergesellschaften, bei den auf gewerbetreibendem Gebiete und im Gebiete der Volkserziehung liegenden Rechtsfragen. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Staatsanwälte anzuweisen, die Beschuldigung von Rotationsmaschinen, die Wegnahme von Maschinen, und andere im Vergleich nicht vorgesehene Eingriffe in Druckbetriebe bei Verfolgung von Verbrechen zu unterlassen, wird in namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 84 Stimmen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag, das Element der Laienrichter zu allen Gerichten, die in Strafsachen urteilen, insbesondere zu den Strafkammern hinzuzusetzen, wird in einfacher Abstimmung angenommen. Dagegen wird der sozialdemokratische Antrag, die Auswahl der Laienrichter durch Volkswahl nach dem gleichen direkten, allgemeinen Wahlrecht unter Anwendung des Verhältniswahlrechts vorgenommen, in namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 128 Stimmen abgelehnt. Von 20 Kommunisten werden die sozialdemokratischen Anträge, daß für alle erstinstanzlichen Urteile in Strafsachen das Rechtsmittel der Berufung zulässig sei und daß begabten Kindern minderbemittelten Eltern in größerer Anzahl auf Staatskosten der Weg zum Berufsstudium eröffnet werden soll. In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag, daß hervortragende befähigte und praktisch erprobte Personen aus allen Kreisen des Volkes durch Ablegung der Gerichtsprüfung die Befähigung zum Richteramt erlangen können, auch wenn sie den bisher vorgeschriebenen Voraussetzungen nicht durchgemacht haben, mit 138 gegen 149 Stimmen angenommen. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag auf Arbeitsverdienstsicherung für die Schiffs- und Gewerbetreibenden (abgesehen von den Tagelöhnern) wird einstimmig angenommen. Auf Abschaffung der Todesstrafe liegen im Wortlaut abweichende Anträge der Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten vor. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der von den Sozialdemokraten vorgelegte Antrag, daß die Todesstrafe abgeschafft wird, in namentlicher Abstimmung mit 175 gegen 131 Stimmen abgelehnt. Ebenso die von den Kommunisten gestellten Anträge, die sich auf Amnestie, Ausnahmegerichte und Strafbefreiung beziehen. Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag: Den Gefangenen ist in weitem Umfang das Recht zum Bezug und zum Lesen politischer Zeitungen sowie von Zeitschriften und Büchern zu geben. Ebenfalls angenommen werden sozialdemokratische Anträge, u. a. auf Besserung der Gefängnisbibliotheken und Abschaffung des Dunkelarrestes als Disziplinartat sowie schließlich ein Zentrumsantrag betreffend die Zensurverfahren für die Gefängnisse.

Es folgen nun kleinere Anträge. In der Abstimmung werden die Anträge abgelehnt, die sich auf die Grenzsperrung der ostpreussischen Provinzen beziehen. Die Grenzsperrung würde verschärfen und Sammlerlager würden aufgehoben werden. Regierungsvorschlag wird ferner mitgeteilt, daß der Entwurf zu einem neuen Disziplinarrecht für die preussischen

Berliner Fondsbörse vom 1. Juli.

Die Hausbewegung macht weitere Fortschritte. Namentlich am Montagmarkt waren die Kurse heute sehr lebhaft. Die Banken vorliegenden Kaufaufträge gingen ihren Umfang nach über die der letzten Tage hinaus. So kam es, daß die Börsenschaft heute lebhafter war als zu den vorhergehenden Tagen. Am Markt der variablen Werte wurden vor allem einzelne Montanwerte ge-... (text continues)

Unter den Elektrowerten, die durchschnittlich Steigerungen bis zu 7 pCt. zeigen, Geschäft nicht groß; lediglich A. E. G. von der Spezialfabrik bevorzugt und 12 pCt. höher.

Amstliche Kurse vom 1. Juli.

Deutsche Anleihen

Table with columns for bond types (e.g., D.R. Anleihe, Reichsanleihe) and their respective values and yields.

Ausl. Eisen-Obli.

Table listing foreign iron obligations with values and yields.

Preussische Pfandbriefe

Table listing Prussian mortgage bonds with values and yields.

Industrie Obligationen

Table listing industrial obligations with values and yields.

Prämien-Anleihen

Table listing premium bonds with values and yields.

Rhypothek. Pfandbr.

Table listing mortgage bonds with values and yields.

Deutsche Eisen-Act.

Table listing German iron stocks with values and yields.

Kleinbahn-Actien.

Table listing small railway stocks with values and yields.

Stadtdarlehen

Table listing municipal loans with values and yields.

Schiffahrts-Actien.

Table listing shipping stocks with values and yields.

Bank-Actien.

Table listing bank stocks with values and yields.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds with values and yields.

Städt. Darlehen

Table listing municipal loans with values and yields.

Bank-Actien

Table listing bank stocks with values and yields.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds with values and yields.

Unter den Maschinenwerten außer der lebhaften Nachfrage nach Augsburg-Fürberg, die 20 pCt. gewahrt, noch Interesse für Rheinmetall (70 pCt.). Nachfrage wieder für Steinhilber Vulkan, die ebenfalls wesentlich höher notiert. Die übrigen durchschnittlich 5 pCt. höher; am Ortener Bergwerk setzen sich die... (text continues)

Unter den Eisenwerten, die durchschnittlich Steigerungen bis zu 7 pCt. zeigen, Geschäft nicht groß; lediglich A. E. G. von der Spezialfabrik bevorzugt und 12 pCt. höher.

Amstliche Kurse vom 1. Juli.

Deutsche Anleihen

Table with columns for bond types (e.g., D.R. Anleihe, Reichsanleihe) and their respective values and yields.

Ausl. Eisen-Obli.

Table listing foreign iron obligations with values and yields.

Preussische Pfandbriefe

Table listing Prussian mortgage bonds with values and yields.

Industrie Obligationen

Table listing industrial obligations with values and yields.

Prämien-Anleihen

Table listing premium bonds with values and yields.

Rhypothek. Pfandbr.

Table listing mortgage bonds with values and yields.

Deutsche Eisen-Act.

Table listing German iron stocks with values and yields.

Kleinbahn-Actien.

Table listing small railway stocks with values and yields.

Stadtdarlehen

Table listing municipal loans with values and yields.

Schiffahrts-Actien.

Table listing shipping stocks with values and yields.

Bank-Actien.

Table listing bank stocks with values and yields.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds with values and yields.

Städt. Darlehen

Table listing municipal loans with values and yields.

Bank-Actien

Table listing bank stocks with values and yields.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds with values and yields.

Sachbörse: Gerüftige Veränderungen; der Abwärtstendenz für den Markt der unnotierten Werte wieder fest bei großen Umsätzen. Vor allem Dingen Rheydt bevorzugt (605), auch K. Wolf... (text continues)

Unter den Eisenwerten, die durchschnittlich Steigerungen bis zu 7 pCt. zeigen, Geschäft nicht groß; lediglich A. E. G. von der Spezialfabrik bevorzugt und 12 pCt. höher.

Amstliche Kurse vom 1. Juli.

Deutsche Anleihen

Table with columns for bond types (e.g., D.R. Anleihe, Reichsanleihe) and their respective values and yields.

Ausl. Eisen-Obli.

Table listing foreign iron obligations with values and yields.

Preussische Pfandbriefe

Table listing Prussian mortgage bonds with values and yields.

Industrie Obligationen

Table listing industrial obligations with values and yields.

Prämien-Anleihen

Table listing premium bonds with values and yields.

Rhypothek. Pfandbr.

Table listing mortgage bonds with values and yields.

Deutsche Eisen-Act.

Table listing German iron stocks with values and yields.

Kleinbahn-Actien.

Table listing small railway stocks with values and yields.

Stadtdarlehen

Table listing municipal loans with values and yields.

Schiffahrts-Actien.

Table listing shipping stocks with values and yields.

Bank-Actien.

Table listing bank stocks with values and yields.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds with values and yields.

Städt. Darlehen

Table listing municipal loans with values and yields.

Bank-Actien

Table listing bank stocks with values and yields.

Ausländische Anleihen

Table listing foreign bonds with values and yields.

Vertical text on the right edge of the page, likely a page number or reference.